

- 1 **Antrag-Nummer:** **Initiativantrag I**
2 **Antragsteller:** **AfA Bochum**
3 **Betreff:** **Wir wissen, wo wir stehen – Sozialdemokratische Steuerpolitik**

4 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

5
6 Die Sozialdemokratie braucht eine klare Position in der Steuerpolitik. Auf diesem Feld wird entschieden, wer in
7 welchem Ausmaß zur Finanzierung des Gemeinwesens beizutragen hat. In den letzten Jahren hat sich die
8 Steuerbelastung immer mehr in Richtung der arbeitenden Menschen verschoben, während
9 KapitalbesitzerInnen entlastet wurden. Wir glauben, dass eine sozialdemokratische Steuerpolitik Vermögen,
10 Erbschaften, Konzerne und sehr hohe Einkommen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen
11 und die BezieherInnen niedriger und mittlerer Einkommen entlasten muss. Aufbauend auf dem vom neuen
12 Konzept zur Vermögenssteuer fordern wir daher:

13
14 Eine Reform der Unternehmensbesteuerung, die insbesondere Digitalkonzerne in die Verantwortung nimmt.
15 Wir begrüßen die französische Initiative für eine Digitalsteuer und fordern die Einführung einer solchen Steuer
16 auch in Deutschland.

17
18 Eine Finanztransaktionssteuer, die große Transaktionen in vernünftigem Maße besteuert. Hier ist auch ein
19 sozialdemokratischer Finanzminister gefordert, die Initiative zu ergreifen und im Zweifelsfalle mit
20 europäischen Verbündeten voran zu gehen.

21
22 Eine echte Erbschaftssteuer, die die umfassenden Ausnahmetatbestände gerade bei der Vererbung von
23 Unternehmen abschafft. Hohe Freibeträge und Stundungsregelungen sollen gleichzeitig verhindern, dass
24 Arbeitsplätze gefährdet werden

25
26 Eine Abschaffung der Abgeltungssteuer gemäß Koalitionsvertrag noch in dieser Legislaturperiode.
27 Kapitaleinkommen darf nicht länger gegenüber dem Einkommen aus Arbeit bevorzugt werden.

28
29 Nulltoleranz gegenüber Steuerhinterziehung und Steuerbetrug. Hier müssen die personellen Kapazitäten der
30 entsprechenden Behörden ausgebaut werden ebenso wie Lücken im Steuerrecht geschlossen werden.

31
32 Eine Reform der Einkommenssteuer, die niedrige und mittlere Einkommen in den Fokus rückt. Deswegen
33 fordern wir, Grundfreibeträge der Einkommenssteuer zu erhöhen und den Spitzensteuersatz von 42 % erst ab
34 einem deutlich höheren Jahresbruttoeinkommen von ca. 90.000 Euro zu erheben. Zusätzlich zum bisherigen
35 Aufschlag von 3 % ab 250.000 Euro Jahresbruttoeinkommen fordern wir eine weitere Stufe der Reichensteuer,
36 sodass ab einem zu versteuernden Jahresbruttoeinkommen von 400.000 Euro ein Steuersatz von 49 % gilt.
37 Dieses Maßnahmenpaket schärft das sozialdemokratische Profil in der Steuerpolitik. Die SPD setzt sich für die
38 Entlastung der arbeitenden Menschen ein und reduziert die Ungleichheit im Deutschland durch eine stärkere
39 Besteuerung der reichsten Menschen im Land.

40
41 **Begründung erfolgt mündlich.**

Antrag **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an